

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVÄNGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMÄNNIS

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Ernst BÄCH • Pfarrer Alfons KREUSSEL • Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MDL • Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHaupt, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

7. Jahrgang, Nummer 6

Postverlagsort Bonn

Bonn, im Juni 1959

INHALT

ENTSCHEIDUNG AUS VERANTWORTUNG von Gerhard Schröder	S. 1
BRAUCHT DER WESTEN EINE IDEOLOGIE? von Werner Conze	S. 2
DIE VERSUCHUNG DER INTELLEKTUELLEN von Gerhard Schröder	S. 3
DER SOLDAT IN DER KIRCHE von Albrecht v. Mutius	S. 6
DEMENTI UND GLAUBENSZEUGNIS von Erwin Wilkens	S. 9
BUCHER, DIE WIR EMPFEHLEN	S. 10
AUS DEN ARBEITSKREISEN	S. 11

ENTSCHEIDUNG AUS VERANTWORTUNG

von Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder

Dem Bundeskanzler wird kaum ein Entschluß schwerer gefallen sein als der, seine Zusage vom 7. April, sich für das Amt des Bundespräsidenten zur Verfügung zu stellen, in einer Erklärung vom 4. Juni zurückzunehmen. Er weiß so gut wie seine härtesten Kritiker, daß dieser Entschluß auch für seine treuesten Anhänger zunächst schwer zu verstehen ist. Dieser Entschluß ist, wie mancher andere aus den vergangenen Jahren, das Ergebnis seines unerbittlichen Ringens um den richtigen Weg der deutschen Politik und um das, was vor dem eigenen Gewissen verantwortet werden kann. In diesen schweren Monaten deutscher Geschichte hat der Staatsmann auf dem ersten Platz oft Entscheidungen zu treffen, deren letzte Begründung nicht öffentlich dargelegt werden kann, weil eine Preisgabe aller Erwägungen schädliche Auswirkungen haben könnte, die im allgemeinen Interesse vermieden werden müssen. Das gilt in

vielen Fällen, besonders aber in diesem. Der Bundeskanzler ist sich bewußt, daß er sich dadurch der Mißdeutung und der Verdächtigung aussetzt. Er hat sich entschlossen, diesen Preis zu zahlen im Vertrauen darauf, daß die innere Richtigkeit seiner Entscheidung durch die künftige Entwicklung gerechtfertigt erscheint.

Die Freunde des Bundeskanzlers, die Mitglieder der CDU/CSU, die Wähler der CDU/CSU und die mit ihrer Politik Sympathisierenden werden die Tatsache dieses scheinbaren Sinneswandels leichter tragen können, wenn sie den Blick auf die erbitterten Gegner der Politik des Kanzlers richten. Für diese kehrt der beste Kämpfer, den sie auf immer in die Etappe verbannt glaubten, wieder auf den Kampfplatz zurück. Sie hatten seinen Abgang zu früh bejubelt, ihre Enttäuschung ist verständlich. Sie glaubten, kampflös einen entscheidenden Sieg durch die

Ausschaltung Konrad Adenauers errungen zu haben. Nun müssen sie weiter mit ihm als dem meist respektierten Gegner rechnen. Das gilt drinnen bei der Opposition, das gilt draußen bei unseren Gegnern.

Was aber liegt der Erschütterung zugrunde, die durch die Reihen der Freunde und Anhänger der CDU/CSU geht? Sie waren am 7. April zunächst auf das äußerste überrascht von der Bereitwilligkeit des Bundeskanzlers, für das Präsidentenamt zu kandidieren. Sie hatten dann aber schnell die Parole aufgenommen, daß dies vielleicht die beste Lösung sei, um die Überleitung der Staatsführung und der Führung der CDU/CSU in jüngere Hände organisches und reibungslos durchzuführen. Das Zauberwort von der Kontinuität machte die Runde. Plötzlich schienen viele stille oder offene Sorgen um die Fortsetzung der bisher verfolgten Politik beschwichtigt in der Annahme, daß der Kanzler von dem Platz des Präsidenten aus die Fortsetzung seiner Politik am ehesten sichern könne. Das äußere Arrangement schien dazu besonders angetan zu sein.

Was aber hat sich bei Überprüfung des Entschlusses vom 7. April ergeben? Das Amt des Präsidenten ist eben nicht geeignet, die große Überleitungsaufgabe, vor der der Kanzler ganz bewußt steht, zu ermöglichen. Des Präsidenten Verpflichtung zur politischen Zurückhaltung steht der Durchführung der genannten Aufgabe entgegen. Und die Zeit erwies sich als noch nicht reif, um abrupt die politische Verantwortung in andere Hände zu legen. Die außenpolitische Phase, charakterisiert durch die Stichworte Genf und Berlin, war keineswegs der geeignete Zeitpunkt, ohne zwingenden Grund ein Werk zu verlassen, welches sich noch inmitten krisenhafter Gefährdungen befindet.

Sicher sind diese Tage voll schmerzlicher Empfindungen. Es wäre aber falsch zu meinen, der Kanzler sei nicht durchdrungen von der Notwendigkeit, durch eine Fülle von Maßnahmen die allmähliche Überleitung vorzubereiten und zu erleichtern. Er wird es tun. Und es ist unsere Pflicht, ihm dabei zu helfen. Politik ist nicht denk-

bar ohne den Kampf um Personen und ihre Möglichkeiten, so taktvoll und menschlich rücksichtsvoll er geführt werden sollte. Das Geschick eines Volkes aber wiegt schwerer als die Popularität der Akteure. Deshalb gehört immer wieder die Frage nach der Sache, um die es geht, in den Mittelpunkt der Erörterung. In dieser Beziehung ist, wie der Erfolg lehrt, das Urteilsvermögen und der politische Instinkt des Kanzlers bisher von niemanden übertroffen worden.

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU, ihr Parteivorstand und ihre führenden Kräfte sind mit dem Bundeskanzler von der Überzeugung durchdrungen, daß die Fortsetzung der bisherigen Politik nicht nur notwendig, sondern auch gesichert ist. Es wäre schlimm, müßten wir nach 10 Jahren zu einem anderen als diesem Ergebnis kommen. Darf ich in diesem Zusammenhang ein Beispiel gerade aus Nordrhein-Westfalen anführen? Der Ministerpräsident Karl Arnold ist wenige Tage vor dem größten Landtagswahlerfolg unserer Partei in Nordrhein-Westfalen ganz unerwartet von uns genommen worden. Trotz der tiefen Erschütterung, die dieser Verlust hervorgerufen hat, ist es der politischen Führungskraft der CDU in Nordrhein-Westfalen gelungen, durch klare Entschlüsse die Kontinuität zu sichern.

Viele von uns hatten am 7. April eine dem äußeren Anschein nach harmonischere Gestaltung der politischen Zukunft vor Augen. Die Tatsachen haben sich als härter erwiesen als die Wünsche. Die CDU/CSU hat inzwischen in Heinrich Lübke einen neuen würdigen Präsidentenkandidaten gefunden. Das Amt des Bundespräsidenten wird aus den Händen von Theodor Heuss, wenn die Bundesversammlung es so will, ohne Schaden auf diesen Nachfolger übergehen. Der Kanzler aber wird in dem Ringen um den richtigen Weg der deutschen Politik seine unvergleichliche Erfahrung und seine tatkräftige Folgerichtigkeit weiter zur Verfügung stellen. Das begonnene Werk wird dann ungefährdet sein, wenn sich alle, die daran mitgebaut haben, weiter mit ganzer Kraft, mit voller Loyalität und der gemeinsamen Sache unlösbar verbunden zur Verfügung stellen.

BRAUCHT DER WESTEN EINE IDEOLOGIE?

von Professor Dr. Werner Conze, Heidelberg

Gelegentlich hört man den Satz: wir müßten der östlichen Ideologie eine westliche Idee entgegensetzen; es sei ein Mangel, keine Idee zu haben, die für die freie Welt verbindlich sei, während auf der anderen Seite mit einem geschlossenen ideologischen System gearbeitet werde. Diese Auffassung geht, wie mir scheint, an der Wirklichkeit vorbei. Gewiß ist es erforderlich, daß möglichst viele Menschen in Westdeutschland das Lehrsystem des dialektischen und historischen Materialismus kennen, um zu wissen, in welchen Begriffen die Menschen auf der anderen Seite des Stacheldrahts erzogen werden. Doch dem eine westliche Idee entgegensetzen, das hieße nichts anderes, als sich selbst auf den fragwürdigen Weg der Ideologie zu begeben. Unsere Stärke liegt ja gerade darin, daß wir eine solche anlernbare Idee im Sinne einer allgemein gültigen und schlüssigen Weltanschauung oder politischen Religion nicht besitzen. Vielmehr müssen wir mit unserer abendländischen Geistestradition, ihren griechischen und christlichen Wurzeln unter den neuen Bedingungen der modernen Welt selbständig und tolerant immer wieder von neuem fertig werden.

Wir suchen als Erben solcher Tradition, in der wahrlich auch Kräfte der Intoleranz mit Feuer und Schwert wirksam gewesen sind, einen Weg in die Zukunft, auf dem wir miteinander die menschliche Gemeinsamkeit in der

Vielfalt erleben, in der Vielfalt der Religionen, der Völker, der Rassen. Wir haben alle die furchtbaren Frevel kennengelernt, die aus dem Wahn gewaltsamer Bekehrung, Einschmelzung, Säuberung und Ausrottung folgen, sei es im Namen der Religion, der Nation oder der Rasse. Es gilt, nicht nur mit allem Ernst anzuerkennen, was in der Vergangenheit um dieser Wahnvorstellung willen gesündigt worden ist, sondern ihr überall dort entgegenzuwirken, wo sie sich noch regt.

Den Nächsten sehen

Wenn wir uns in einem solchen Geiste der bolschewistischen Zwangsideologie entgegenstellen, dann kann dies nur in einem praktisch tätigen Sinne geschehen. Unverbindliche Meinungsäußerungen besagen nichts. Und wenn sich unser Leben nur in Arbeit und Freizeit, nur in Funktionserfüllung und persönliche Erholung aufteilt, dann sind wir der bolschewistisch bestimmten Welt nicht mehr überlegen und nicht berechtigt, uns über sie erhaben zu dünken, nur weil es bei uns mehr „Leben und Lebenlassen“ gibt. „Wer den Bruder nicht liebt, der bleibt im Tode“, steht im 1. Johannesbrief. Weiter heißt es dort: „Wenn aber jemand dieser Welt Güter hat und sieht seinen Bruder darben und schließt sein Herz vor ihm zu, — wie bleibt die Liebe Gottes bei ihm?“

Da liegt der Schlüssel zur Frage, was wir denn entgegengesetzen könnten. Es gibt Wege genug, den Menschen zu suchen, der auf der andern Seite des Stacheldrahts lebt, oder den Menschen, der von drüben hat fliehen müssen und damit seine Heimat aufgeben mußte, oder den Menschen, der zu uns kommt als Glied eines Volkes anderer Rasse, das von uns nicht allein materiellen Beistand gegen den Hunger, sondern die Gesinnung helfender Liebe erwartet. Einfach gesagt: es gilt, den Nächsten zu sehen, der uns täglich begegnet. Das „Darben“, von dem im Johannesbrief die Rede ist, bezieht sich in unserer industriellen Zivilisation nicht nur, vielleicht nicht einmal in erster Linie auf materiellen Mangel. Im Grunde darben wir alle und bedürfen des gegenseitigen Gebens und Nehmens, auf daß wir nicht kalt und beziehungslos als Larven aneinander vorbeigehen.

Demokratische Staaten leben davon, daß solches Geben und Nehmen in unmittelbarer menschlicher Hilfe nicht nur in der Intimsphäre der Familie oder persönlicher Freundschaft, sondern mannigfach in gesellschaftlicher Initiative, in Institutionen, Organisationen, Betrieben und nicht zuletzt in den Schulen wirksam ist. Gerade dort ist der Ort, wo Entscheidendes geschehen kann. Es genügt nicht, daß die Schule Kenntnisse über die deutsche Frage zu vermitteln und Anschauung durch Fahrten nach Berlin oder an die Zonengrenze zu geben sucht, so sehr dies auch vermehrt getan werden muß. All das ist unnütz, wenn es nicht aus der Unverbindlichkeit gelöst wird. Nur wenn die jungen Menschen ganz persönlich betroffen sind und ihre Konsequenzen daraus ziehen, hat solche Bemühung ihren Sinn. Alle politische Unterweisung ist wertlos, wenn sie nicht in der Erziehung zur öffentlichen Moral, zur Dienstgesinnung und praktischen Tätigkeit über den individuellen Eigennutz hinaus gipfelt.

Erbschaft des Nationalsozialismus überwinden

Es ist an der Zeit, die uralte Weisheit dessen, was in griechisch-christlicher Tradition mit dem Begriff Politik verbunden wurde, neu ernst zu nehmen. „Wer dient gemeinem Nutz, eigenen vergißt, ein recht politisch Mensch in Wahrheit ist“, stand über einem alten Rathaus in

Königsberg, der Stadt Emanuel Kants, geschrieben. Eine der schlimmsten Erbschaften des Nationalsozialismus für unser Volk liegt darin, daß er die Tugenden des Dienstes, des Opfers und der Bruderhilfe für seine Zwecke verwertet, mißbraucht und bei sehr vielen damit in der Wurzel abgetötet hat. Dies Erbe muß schnell und gründlich überwunden werden. Das alte Wort: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ kann nicht deshalb für uns ungültig sein, weil es in das Programm der NSDAP aufgenommen wurde. Handeln wir im rechten Sinne gemeinnützig und sagen wir dem Gift der Korruption auch im kleinsten ab, so bereiten wir die Wiedervereinigung am besten vor.

Wiedervereinigung fordert Bewährung sittlicher Kraft

Die Wiedervereinigung ist ja nicht beschränkt auf mehr oder weniger gekonnte Pläne oder Maßnahmen auf den Gebieten des Staatsrechts, der Verwaltung, der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik; sie ist vielmehr durchaus davon abhängig, wie wir uns weiterhin darum bemühen, uns in unserer öffentlich-politischen Sittlichkeit zu regenerieren. Niemand von uns ist davon ausgenommen. Es wäre falsch, eine solche Forderung allein auf diejenigen zu beziehen, die sichtbar in den Spitzenstellungen unseres Staates stehen. Von ihnen allerdings erwartet das deutsche Volk richtungweisendes Vorleben, Bewährung von Treu und Glauben, Würde und Stil — gerade dann, wenn die in der Politik unvermeidlichen Auseinandersetzungen hart sind.

Parteipolitik ist in unserem Volk kein Schimpfwort mehr wie zur Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus. Die nüchtern realistische Anerkennung der Parteidemokratie durch das Volk verpflichtet aber dazu, daß diese sich dem wachen Gewissen und verantwortungsbewußter Kritik stellt. Es sind nicht zuletzt die Deutschen Mitteldeutschlands, die die Bewährung sittlicher Kraft in unserer freien Verfassung suchen, da die Verderbnis öffentlicher Moral ihnen in ihrem politischen Zwangssystem stets aufs neue das Leben schwer macht.

(Aus der Rede, die am 17. Juni 1959 in der Feierstunde im Plenarsaal des Bundestages gehalten wurde.)

DIE VERSUCHUNG DER INTELLEKTUELLEN

von Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder

Der Leitspruch der NATO lautet: „Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“. Gemeint ist die Wachsamkeit der militärischen Verteidigung, und gemeint ist die Wachsamkeit des Geistes. Denn das große, weltweite Ringen zwischen den Kräften der Freiheit und denen des Zwanges findet an zwei Fronten statt: an der militärischen und an der geistigen. Seitdem die Blicke der Weltöffentlichkeit auf die Sputniks und die Explorers und die anderen künstlichen Himmelskörper gerichtet sind, weiß auch der Mann auf der Straße, von welcher entscheidender Bedeutung für sein künftiges Schicksal die rastlose Arbeit in den Gelehrtenstuben, in den Laboratorien und den Konstruktionsbüros ist. Er weiß, daß die Bemühungen der Wissenschaftler um einen Vorsprung auf diesen Gebieten nicht einen friedlichen und edlen Wettbewerb darstellen, sondern daß eine Niederlage an dem Kampfabschnitt der Wissenschaftler entscheidende Folgen haben kann für die andere Front, deren Sicherheit den Militärs unmittelbar anvertraut ist.

Das Ringen zweier Welten

Wenn wir von dem geistigen Ringen sprechen, dürfen wir aber nicht nur an die Raketenforscher denken oder an die Erfinder neuer Waffen und moderner Geräte.

Das alles ist sicher von größter Wichtigkeit. Und ganz gewiß werden die Nationen der freien Welt ihre Anstrengungen auf technischem Gebiet noch sehr steigern. Sie werden alle Aufmerksamkeit der Heranbildung von Spezialisten widmen, wie sie eine rationalisierte und technisierte Arbeitswelt erfordert. Doch wir dürfen dabei nicht vergessen, daß die Technik nur einen Kampfabschnitt darstellt an der großen Front des geistigen Ringens. Die Auseinandersetzung ist weit umfassender entbrannt, sie ist ein Kampf zwischen zwei geistigen Welten.

Beide sind durch einen Abgrund geschieden. Dies ist eine Binsenwahrheit, gewiß! Aber ich möchte dennoch durch einen Hinweis verdeutlichen, wie tief die trennende Kluft ist: Von einem Manne, den wir einen Wissenschaftler nennen, werden wir zu allererst eines verlangen: den unaufhörlich sich um die Wahrheit bemühen Geist der Objektivität. Für einen sowjetischen Gelehrten bedeutet es dagegen einen sehr schweren Vorwurf, der schlimme persönliche Folgen hat, wenn ihm gesagt wird, er sei objektiv. Die Beschuldigung, objektiv statt klassengebunden zu sein, wiegt deshalb so schwer, weil im sowjetischen Bereich oberstes Kriterium aller „Wissenschaft“ die Parteilinie ist. Wo ein

totalitäres Weltbild herrscht, wird wissenschaftliche Objektivität zum Verbrechen. Da werden den Wissenschaftlern gleichsam die Resultate ihrer Forschungen vorgeschrieben. Die Parteilinie ist die Richtschnur auch für die Kunst. Also wird die Literatur auf Agitation und Propaganda gedrillt. Den Malern werden Gegenstand und Malweise vorgeschrieben. Und selbst den Komponisten werden genaue Richtlinien gegeben. Jede Abweichung der Wissenschaftler oder Künstler von der Generallinie wird von den Staats- und Parteistellen diffamiert. Sie wird, um im marxistischen Jargon zu sprechen, als undialektisch, unmateriellistisch, als bürgerlich-dekadent, als reaktionär und korrupt erklärt. Wer abweicht, wird zum Volksfeind.

Offenbar sind zur Zeit die abscheulichsten Formen, zu denen die Versklavung der Intelligenz besonders während der letzten Jahre Stalins führte, gemildert. Aber noch immer ist für das geistige und künstlerische Leben die Parteilinie maßgebend. Wer nicht in das Räderwerk der jede selbständige geistige Regung zermalmenden Parteimaschine geraten will, ist gezwungen, rechtzeitig ein williges Werkzeug des kommunistischen Staates zu werden oder aber zu schweigen, um in Vergessenheit zu geraten. Es gibt keine andere Wahl. Wenn es hier noch eines Beispiels aus der jüngsten Zeit bedarf, so sei an Boris Pasternak erinnert. Sein Werk entsprach nicht den Auffassungen der Moskauer Parteifunktionäre, es durfte deshalb nicht in der Heimat des Dichters erscheinen. Die angetragene Ehrung der Stockholmer Akademie löste ein fanatisches Kesseltreiben gegen den greisen Schriftsteller aus, und er war gezwungen, wieder das Schweigen auf sich zu nehmen. Es kann ihm nur daran liegen, möglichst bald vergessen zu werden.

Kommunistische Erfolge unter der Intelligenz

Nun mag man vielleicht sagen, daß der Ausgang in diesem Ringen zweier so grundverschiedener Welten, sofern dieser Kampf nur mit geistigen Waffen ausgetragen wird, nicht zweifelhaft sein könne. Das ist gewiß unser aller Hoffnung. Aber immerhin sehen wir Erfolge der Kommunisten in der sogenannten Intelligenzschicht außerhalb ihres Machtbereichs, z. B. in Asien und in Afrika. Hier sind diese Einbrüche noch zu erklären. Beobachter des Tatbestands weisen uns auf die Entwurzelung dieser Intelligenz hin, auf die Aufnahme nur unvollkommen verarbeiteter westlicher Gedanken, den Bruch mit der Umwelt, die Loslösung von der überlieferten Religion und das Fehlen einer Glaubensgewißheit. Die Beobachter sagen uns, daß dieser Intellektuelle, der sich an nichts mehr gebunden fühlt, sich nicht mit Meinungen begnügt, daß er eine Sicherheit, ein System will. Er ist auf der Suche nach einem neuen Glauben. In der kommunistischen Ideologie glaubt er einen festen Halt zu finden. Sie verspricht ihm eine totale Weltklärung, eine Erklärung des Vergangenen, des Gegenwärtigen und selbst eine Vorhersage des Zukünftigen. Der Franzose Raymond Aron hat sich mit der Anziehungskraft der kommunistischen Ideologie befaßt. Er weist auf etwas sehr Wichtiges hin. Der Marxismus in der leninistischen Version, so schreibt er, ermöglichte es diesen Intellektuellen zudem, „ihre Geschichte und die ihrer ehemaligen Herren ohne ein Gefühl der Erniedrigung neu zu deuten“. Der Marxismus-Leninismus ist also gleichsam auch ein Balsam auf die Wunden, die die Kolonialherrschaft dem erwachenden Selbstbewußtsein dieser Völker geschlagen hat.

Die kommunistischen Erfolge unter der Intelligenz des Westens sind sehr viel schwerer zu verstehen. Es fehlt nicht an Deutungsversuchen für dieses Phänomen. Aber sie bleiben unbefriedigend. Das gilt auch für jene bekannte These, daß der „Geist“ dazu neige, sich selbst zu hassen, und daß deshalb gerade die Intelligenz bereit sei, ihn zu verraten. Vor 25 oder 30 Jahren mag es noch

verständlich gewesen sein, wenn junge Intellektuelle in westlichen Ländern durch die marxistische Prophetie einer klassenlosen Gesellschaft ergriffen wurden, wenn sie in hochherziger Begeisterung an der Errichtung einer besseren Welt bauen wollten, und wenn zumal Schriftsteller vom Glauben an den Kommunismus bewegt wurden wie andere nur von einem religiösen Glauben. Den meisten wurden die Augen geöffnet. Wir können es nachlesen in ihren Bekenntnisbüchern. Sie alle könnten den Titel tragen, unter dem sechs der Bedeutendsten dieser Enttäuschten ihre Beweggründe darlegten: „Der Gott, der keiner war.“ Statt der Freiheit fanden sie Tyrannei, statt der Gleichheit Vorrechte aller Art, statt der Brüderlichkeit Haß, Verdächtigungen, Zwangsarbeit, Folter und den Henker.

Heute, nach all den grausamen Erfahrungen, die für jedes Auge sichtbar sind, ist es schwer zu begreifen, daß ein Intellektueller des Westens seine Freiheit achtlos verwirft und sich den Lehren und Glaubenssätzen einer fanatischen und despotischen Heilslehre unterwirft. Offenbar lebt in derartigen Zeitgenossen ein Verlangen nach Selbstaufgabe, nach Kapitulation. Die marxistische Dialektik, dieser abenteuerliche Schritt des Denkens, erleichtert ihnen die Selbstpreisgabe. Sie erlaubt ihnen noch, ihre Unterwerfung für eine Erhöhung, ihre Niederlage für einen Sieg zu halten und vom neugewonnenen Standort die westlichen Auffassungen als überholt und altmodisch zu belächeln. Denn nun sitzt der zum kommunistischen Glauben Übergetretene — wie es uns auf Grund eigener Erfahrung Arthur Koestler erläutert — in einem „geschlossenen System“, „das einen, wenn man einmal in seinen magischen Bann getreten ist, der kritischen Fähigkeiten beraubt, indem es ihnen den logischen Boden entzieht“.

Anziehungskraft der kommunistischen Ideologie?

Ein magischer Bann? D.h. also: eine geheime Kraft, eine unerklärliche Anziehung. Sie wird uns des öfteren bezeugt. Sie besteht offenbar in der unendlich großen Versuchung für den Intellektuellen, das Stückwerk seines Wissens und alle quälenden Zweifel hinter sich zu werfen und in einem geschlossenen System Zuflucht zu suchen, das den Anspruch erhebt, alle Erscheinungen unter der Sonne in bequem zu handhabenden Formeln zu erklären. Besagt diese Tatsache, daß die kommunistische Ideologie eine unwiderstehliche Faszinationskraft ausstrahlen vermag? Oder ist nicht vielmehr die Anziehungskraft nur deshalb stark, weil der Widerstand schwach ist — schwach gerade bei gewissen Angehörigen der Intelligenzschicht? Warum ist das so?

Ich finde (in einem ganz anderen Zusammenhang) bei dem Spanier Ortega folgende Sätze:

„Der einfachste Bauer ist sich, ehe man sich's versieht, klar über seine wirklichen Überzeugungen, so gefaßt in sich, so sicher dessen, was er denkt über die beschränkte Gesamtheit von Dingen, die seine Lage ausmachen, daß er kaum Probleme hat. Und es wundert uns die tiefe Ruhe seines Lebens, die würdige Heiterkeit, mit der er sein Schicksal verfließen läßt. Andererseits läuft der Mensch, der viele Dinge weiß, der gebildete Mensch, Gefahr, sich im Gestrüpp seines eigenen Wissens zu verlieren, und schließlich weiß er nicht mehr, welches sein echtes Wissen ist. Wir brauchen nicht weit zu suchen: es steht so mit dem heutigen Durchschnittsmenschen. Er hat so viele Gedanken empfangen, daß er nicht weiß, welche unter ihnen die sind, die er wirklich denkt, die er glaubt, und er gewöhnt sich, von Pseudoüberzeugungen — manchmal äußerst geistreichen, scharfsinnigen Gemeinplätzen — zu leben, die aber sein Leben verfälschen. Daher die Unruhe, die tiefe Entfremdung, die das Leben so vieler Leute insgeheim von sich fortzieht. Daher die Verzweiflung, die Leere so vieler persönlicher Schicksale, die verzweifelt kämpfen, um sich mit irgendeiner Überzeugung zu füllen.“

Ich gehe nicht weiter auf diese Beobachtungen des spanischen Philosophen ein. Sie interessieren uns jetzt nur als eine wertvolle Ergänzung des Bildes, um das wir uns hier bemühen. Ich möchte diesen kurzen Überblick mit zwei Feststellungen abschließen:

1. Die Wahrung der geistigen Freiheit allen intellektuellen Anfechtungen gegenüber verlangt mehr Kraft als die Abweichung ins Extrem.
2. Wo die Anziehungskraft der kommunistischen Ideologie unwiderstehlich erscheint, da ist die aufrechte Haltung der freien selbstverantwortlichen Persönlichkeit bereits vorher preisgegeben worden.

Ist man darin mit mir einig, dann ergibt sich für die Abwehr der kommunistischen Ideologie zunächst folgende Aufgabe: die aufrechte Haltung der freien selbstverantwortlichen Persönlichkeit zu kräftigen und zugleich die humane Gesinnung zu vertiefen! Gewiß war dies schon immer unsere Aufgabe. Sie ist uns heute jedoch dringender denn je gestellt angesichts der akuten moralisch-politischen Gefährdung jeglicher Freiheit. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe müssen die Erziehungs- und Bildungsstätten mehr mitwirken als bisher.

Die Verpflichtung der Universität

Sind vor allem die Universitäten in der Lage, diesen Beitrag zu leisten? Tragen die Universitäten in der Tat zur Stärkung des Verantwortungsbewußtseins in dem genannten Sinne bei? Hier stellt sich die Frage nach der Funktion der Universität im geistig-politischen Leben unserer Völker. Ich bin überzeugt, daß die Universitäten ihre öffentliche Funktion nur dann wahrnehmen können, wenn sie selbst frei, d.h. nur der Wahrheitssuche verpflichtet sind. An der deutschen Universität, die sich auch heute noch auf die Auffassung Wilhelm v. Humboldts gründet, ist — wie es Professor Flitner kürzlich einmal dargestellt hat — die Bindung an die Wahrheitssuche in folgenden Grundsätzen verankert:

1. Das Kernstück der deutschen Universität ist die Verbindung von Forschung und Lehre: Alle Gegenstände der Universität werden grundsätzlich als nicht abgeschlossene Systeme behandelt; sie können und müssen ständig in Frage gestellt werden, wie es der Forscher tut, der in unentdeckte Wissensgebiete vordringt. Diese Verbindung von Forschung und Lehre sichert gegen erstarrenden Dogmatismus und gibt Freiheit nach vorn.
2. Die Gegenstände der Forschung und Lehre werden von den Professoren frei gewählt und die Ergebnisse nur nach ihrem Wahrheitsgehalt beurteilt. Dieser Geistesfreiheit der Forscher steht zur Seite
3. die akademische Freiheit der Studenten; d. h. sie dürfen wählen, was und wie sie studieren. Sie enthält also einen Appell an ihre Selbständigkeit und ihr Verantwortungsbewußtsein.
4. Ziel dieser freien Ausbildung ist — in großem Umfang — die Berufsvorbildung durch Begegnung mit der freien Wissenschaft. Wichtig ist nicht so sehr die Summe der Kenntnisse, die hierbei erworben werden — sie würden zunächst nur den Fachmann ausmachen —, als vielmehr die Selbständigkeit und die wissenschaftlich kritische Art, mit der der Student über seinen Stoff verfügen können soll.

Aus diesen Grundsätzen ergibt sich die Verpflichtung der Universität, über der Berufs- und Spezialausbildung die Menschenbildung nicht zu vergessen. Wir dürfen uns nicht verwirren lassen durch den heute vielfach in Alarmstimmung ausgestoßenen Ruf nach möglichst schneller Heranbildung von Ingenieuren und technischen Spezialisten. Diese Notwendigkeit soll gewiß erkannt und berücksichtigt werden. Aber wir dürfen das rechte Maß nicht verlieren. Vor gut einem Jahr sagte ich im Bundestag:

„Gewiß erleichtert die Technik uns das Dasein in ungeahntem Maße. Aber die Aufgabe der Selbstbehauptung nimmt die Technik uns nicht ab, sondern stellt

sie uns in früher unvorstellbarer Weise täglich aufs neue. Die Aufgabe der Selbstbehauptung verlangt Einsicht in die Zusammenhänge des Lebens und die Bereitschaft, Verantwortung zu tragen. Wissen und Verantwortungsbewußtsein machen den Gebildeten aus. Fachwissen allein genügt nicht.“

Genau die gleiche Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, macht aus dem bloßen Einwohner eines Landes einen Staatsbürger, der bereit ist, am Schicksal seines Landes Anteil zu nehmen und sich dafür einzusetzen, weil er weiß, wofür es einzustehen gilt.

Selbstverständlich will ich hier keineswegs die sehr große Bedeutung eines Spezialwissens herabsetzen. Zweifellos ist dieses für den Fortgang unserer Wissenschaft und für die Aufrechterhaltung unserer rationalisierten Arbeitswelt dringend notwendig. Was wir aber vermeiden wollen, ist der Spezialist, der sich, unerreichbar für die drängenden Fragen der Zeit und zugleich höchst zufrieden mit sich selbst, hinter seinen engen Grenzen verschanzt. Ihn wird sein Fachwissen nicht vor der Verführung des Denkens schützen. Wie die Erfahrung lehrt, kann sich eine geistige, künstlerische und wissenschaftlich hochentwickelte Begabung in ein- und demselben Menschen sehr wohl mit Verrohung und Barbarei vereinen oder auch mit Gleichgültigkeit und mit völligem Verzicht auf bindende Maßstäbe. Was wir erstreben, sind gebildete Menschen, die sich offen den Problemen der Zeit stellen.

Geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus

Zu diesen Problemen gehört die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Das große Ringen zwischen den Kräften der Freiheit und des Zwanges wird einmal für den rückblickenden Historiker das hervorstechendste Merkmal für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts sein. Dieser Kampf verlangt unsere Parteinahme. Im Jahre 1957 haben wir in Köln ein Institut errichtet, dem nur die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus als Aufgabe gestellt ist. Es steht offen Politikern und Journalisten, Verwaltungsbeamten und Militärs, Theologen und Gewerkschaftlern, Richtern und Anwälten, Lehrern und Ärzten, kurz allen, die an den geistigen Fragen der Zeit lebendigen Anteil nehmen wollen. Zugegeben, daß in der Bundesrepublik die Anfälligkeit für den Kommunismus, sofern dieser auf eine Tarnung verzichtet, verhältnismäßig gering ist. Das hat verschiedene Gründe. So haben z. B. auch die grausamen Erfahrungen, die das deutsche Volk in seiner jüngsten Geschichte mit der Gewaltherrschaft eines anderen totalitären Systems gemacht hat, bei der Immunisierung gegen eine kommunistische Infektion mitgewirkt.

Wachsamkeit und Abwehrbereitschaft bleiben dennoch notwendig. Und das um so mehr, als sich heute Deutschland bis zur Elbe in der Hand des Bolschewismus befindet. Von dort aus richtet sich gerade auch an unsere Intelligenzschicht eine starke Propaganda. Sie ist meist sehr gut getarnt. Sie preist nicht offen die kommunistische Ideologie an. Sie ist der deutschen Mentalität angepaßt. Sie sucht sich die geistigen und moralischen Zerstörungen zunutze zu machen, die das NS-Regime und der Krieg hinterlassen haben. Vor allem versucht sie, das natürliche Verlangen der Deutschen nach der Wiedervereinigung ihres geteilten Vaterlandes frivol zu mißbrauchen.

Die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus ist eine Aufgabe, die der gesamten freien Welt gestellt ist. Jedem Land auf seine besondere Art. Diese wird sich immer nach der Taktik des Gegners richten müssen. Stets aber wird man zunächst einmal Denkweise und Methoden des Kommunismus analysieren und sich zugleich auch um die Erkenntnis bemühen müssen, wo die Anfälligkeit des Menschen liegt gegenüber der Versuchung durch totalitäre Systeme.

Die Freiheit ist immer bedroht. Nicht allein von außen, durch kommunistische Aggression oder Infiltration. Mit Recht meinte der französische Schriftsteller B e r n a n o s : „Nicht dadurch ist die Freiheit am meisten bedroht, daß sie uns geraubt werden könnte . . . , sondern dadurch, daß man verlernt, sie zu lieben und daß man sie nicht mehr versteht.“ Das ist eine große Gefahr. Sichtbar wird sie heute im Westen besonders im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, wenn man mehr und mehr statt der Selbsthilfe die Staatshilfe sucht, wenn die eigene Risikofreudigkeit über Gebühr abnimmt und die Selbstverant-

wortung vernachlässigt wird. Es gibt zahlreiche „ökonomische Erscheinungsformen“ der Flucht vor der Freiheit, wie das die Soziologen nennen. Wo diese Flucht beginnt, wird, wenn auch ungewollt, bereits die Front gegen die politische Unfreiheit geschwächt. Deshalb muß auf der Welt die Einsicht verbreitet werden, daß die Freiheit für die Völker nicht nur ein politisches Spruchband, sondern einzige Lebensform ist, die auf die Dauer Rechtssicherheit, Glaubensfreiheit und innere Gesundheit garantiert. Je weiter diese Einsicht sich ausbreitet, um so sicherer wird die vom Kommunismus erstrebte Welteroberung scheitern.

DER SOLDAT IN DER KIRCHE

von Militärdekan Albrecht v. Mutius

Albrecht v. Mutius, 44, wurde im März 1956 auf Vorschlag der badischen Landeskirche vom Militärbischof der EKD in das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr in Bonn berufen. Er stammt aus der Grafschaft Glatz und war ursprünglich aktiver Offizier. Nach zweijähriger Kriegsgefangenschaft studierte er in Heidelberg und Tübingen Theologie und trat anschließend in den badischen Kirchendienst. Vor seinem jetzigen Amt war er vier Jahre Studentenpfarrer in Heidelberg.

Die Diskussionen der letzten Jahre über die Wehrfrage haben in einer bestürzenden Weise deutlich gemacht, wie sehr die Stellungnahme zu dieser Frage abhängig, zumindest aber beeinflusst ist von der Erlebniswelt dessen, der urteilt. Ob der Wehrbeitrag bejaht oder abgelehnt wird, das ist weithin bestimmt von Vorurteilen, deren Wurzeln in Erfahrungen der eigenen Vergangenheit liegen. So gibt es Menschen in unserem Volk, die dem Soldatenberuf mit großem Vorbehalt, ja sogar mit schärfster Ablehnung begegnen. Für sie ist der Soldat der Inbegriff der Gewaltanwendung und des Unrechts und die Kaserne der typische Ort, wo der Mensch nichts gilt und zur Nummer wird. Was diese Menschen selbst auf dem Kasernenhof erlebt haben, scheint ihnen recht zu geben. Die Stellungnahmen werden daher meist belegt mit Erzählungen über Schikanen und Mißbräuche der Befehlsgewalt. Und was sich in den Jahren des Nationalsozialismus ereignet hat, scheint diesen Menschen ebenfalls recht zu geben: Der Soldat war in jener Zeit nun einmal ein Werkzeug des Unrechtsstaates. Auf seiten der Verfechter des Wehrbeitrages finden wir ähnliches im umgekehrten Sinne: Hier ist der Soldat für manche der Inbegriff staatlicher Autorität und Ordnung und die Kaserne der Ort, an dem Zucht und Mannestum gedeihen. Und auch diese Menschen führen eigene Erlebnisse und geschichtliche Tatsachen an, um die Berechtigung ihrer Argumentation zu erweisen.

Die Gefahr einer Verharmlosung oder Vereinfachung

Es ist offenkundig, daß solche Begründungen für eine Stellungnahme zu dieser Schicksalsfrage nicht ausreichen. Wer seine Meinung nur mit den eigenen Erlebnissen, sei es im Positiven oder im Negativen, begründet, verharmlost das Problem. Gerade der Christ aber ist aufgerufen, sich vor einer solchen Verharmlosung zu hüten. Er muß den Dingen auf den Grund gehen und seine Meinung an dem entscheidenden Maß messen, das ihm gegeben ist: am Worte Gottes. Dabei kommt ihm zugute, daß die gegenwärtige Situation, die politische, die soziale und die militärische, einfach dazu zwingt, mit letztem Ernst und aller Gründlichkeit nachzudenken. Es ist bezeichnend, daß das Phänomen des modernen Krieges gerade von denen besonders berücksichtigt wird, die die Wehrfrage bejahen. Hier ist das Bemühen festzustellen, gründlicher und tiefer nachzudenken, als es bisher vielleicht geschah, und die eigene Meinung wirklich in Frage zu stellen. Dagegen kann man sich des Ein-

drucks nicht erwehren, daß auf der anderen Seite, bei den Gegnern des Wehrbeitrages, das Phänomen des modernen Krieges gern nur als Bestätigung der eigenen Meinung herangezogen und damit merkwürdigerweise das Problem vereinfacht wird. Dies gilt leider insbesondere für die Diskussion in der evangelischen Kirche.

Theologische Begründungen für ein politisches Ziel?

Angesichts der allgemeinen Situation wird hier gefragt, ob denn ein Christ überhaupt noch Soldat sein könne. Damit ist die Frage, die von den historischen Friedenskirchen (z. B. Quäker, Mennoniten) seit jeher durch ihr Lehren und Leben den anderen Kirchen gestellt wurde, in der evangelischen Kirche selbst aufgebrochen. Was aber die Auseinandersetzung in der evangelischen Kirche im Unterschied zu der Fragestellung der Friedenskirchen so unerfreulich macht, ist die Form, in der sie geführt wird. Während die Friedenskirchen bei allem Ernst ihrer Frage, bei aller Überzeugungstreue doch immer mit Respekt von der anderen Meinung sprechen, wird von manchen in der evangelischen Kirche so gesprochen, als ob nur der Kriegsdienstverweigerer Christ sein könne. Wer noch Soldat ist, wird behandelt wie ein schlechterer Christ, wenn nicht sogar als Heuchler und Sünder. Der Ausdruck „Verbrecher“ dient dazu, den Mitmenschen diese Auffassung besonders kraß zum Bewußtsein zu bringen. Der Verdacht bleibt deshalb nicht aus, daß sich dahinter letztlich doch politische und erlebnismäßige Vorurteile verbergen, und daß in erster Linie ein politisches Ziel vertreten wird, das theologisch untermauert werden soll. Hier liegt wohl der eigentliche Grund für die mangelnde Glaubwürdigkeit dieser Gruppe. Bei allem prophetischen Pathos, mit dem da geredet wird, hat keiner ihrer Vertreter bisher deutlich machen können, daß er wirklich in einem höheren Auftrag spricht. Die Untöne aus Ressentiment und Ärger passen schlecht zu der beanspruchten Souveränität der prophetischen Rede.

Das Nein zur Militärseelsorge

Dies wird besonders sichtbar in der Einstellung zur Militärseelsorge. Einige der Wehrdienstgegner bestreiten sogar, daß sich die Kirche um die Soldaten kümmern dürfe. Wer Militärseelsorge treibt und sich der Männer da annimmt, wird mit Mißtrauen betrachtet, als treibe er eine unmögliche Sache. Gerade daran aber erweist sich, daß die Ablehnung der Militärseelsorge im Grunde

eine politische Zielsetzung stützen soll. Denn wenn es wirklich nur um die theologische Ablehnung des Wehrdienstes ginge, dann müßte bei logischer Argumentation den Soldaten gerade Seelsorge zuteil werden, denn dann wäre es doch Aufgabe der Kirche, diesen Menschen eine solche Botschaft nicht vorzuenthalten und diese „Sünder“ zum Gehorsam zurückzurufen.

Die kirchliche Botschaft gilt allen Menschen

Gegenüber dem Durcheinander von politischer und theologischer Argumentation und der Verwirrung, die dadurch in den Gemeinden Platz gegriffen hat, erscheint es notwendig, einige grundsätzliche Klarstellungen vorzunehmen. Zunächst sei gesagt, daß der Auftrag der Kirche sich an alle Menschen richtet, und daß sie zur Sorge für alle ihre Glieder gerufen ist. Deshalb ist auch die Sorge für die Soldaten eine völlig legitime Aufgabe der Kirche, ganz gleich, wie man den Beruf des Soldaten versteht. Es muß dafür gesorgt werden, daß der Soldat mit seinem eigenständigen Lebensrhythmus und seiner eigenen sozialen Situation die Möglichkeit hat, am Leben seiner Kirche teilzunehmen. Militärseelsorge ist daher nichts anderes als die sonstigen Werke der Kirche (Arbeiterwerk, Männerwerk, Jugendwerk). Die Kirche geht den Menschen dorthin nach, wo sie sich befinden.

Klare Aussagen des Neuen Testaments und der Bekenntnisschriften

Wichtiger jedoch als diese Feststellung ist ein anderes: Die Stellung des Soldaten in der Kirche muß endlich wieder in der rechten Dimension gesehen werden. Sicher sind dabei auch gewisse Irrtümer vergangener Epochen richtigzustellen, etwa das, was in den Befreiungskriegen oder auch im ersten Weltkrieg von manchen Kanzeln — übrigens keineswegs nur solchen der Militärseelsorge — gesagt wurde. Auch jene Fragen, die oben aufgeworfen wurden, müssen ernstlich gehört und geprüft werden. Aber gerade eine solche ernste und vorurteilsfreie Prüfung muß ergeben, daß es für die Meinung, daß ein Christ nicht Soldat sein könne, oder daß der Soldat ein Christ mit schlechtem Gewissen sein müsse, keinerlei Anhalt oder Begründung gibt — weder im Neuen Testament noch in den Bekenntnisschriften noch in irgendwelchen Synodalbeschlüssen. Und dies sind nun einmal die Grundlagen der Kirche.

Wir evangelischen Christen wissen zwar etwas von der ständigen Notwendigkeit, Entscheidungen am lebendigen Wort Gottes zu prüfen und uns nicht zu verlassen auf ein unfehlbares Lehramt. Aber das heißt doch nicht, daß wir völlig ohne Anhalt und Hinweis wären. Vielmehr gehört das Hören auf die „Väter und Brüder“ von jeher dazu, wenn Christen sich über eine Frage klarwerden wollen. Die Bekenntnisschriften erleichtern es uns, anhand des Wortes Gottes zur Klarheit zu kommen, und wir sollten sie wieder etwas ernster nehmen, als es gegenwärtig weithin geschieht. Ubereinstimmend — bis hin zu der Barmer Erklärung von 1934 — sagen diese zu unserer Frage nun aus, daß es Aufgabe des Staates sei, „nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens“ Macht auszuüben im Auftrage Gottes, um diese Welt und das Leben in ihr zu erhalten. Aus diesem Grunde hat seit eh und je der Soldatenberuf keine Sonderstellung in der Kirche gehabt. Die immer wieder angeführten Fälle aus den ersten Jahrhunderten der Christenheit, in denen Christen, die römische Soldaten waren, ihren Beruf aufgaben, sind kein Gegenbeweis. Der Konflikt dieser Männer entstand nicht zwischen ihrem Glauben und ihrem Soldatenberuf, sondern deshalb, weil sie als römische Soldaten verpflichtet waren, dem Kaiser göttliche Ehren zu erweisen. Hier war der status confessionis gegeben, nicht in bezug auf den Soldatenberuf schlechthin.

Dienst und Verantwortung für den Nächsten

Der Christ, der Soldat wird, führt uns in einer besonders pointierten Weise vor Augen, wie der Christ überhaupt in der Welt steht. Es ist die Überzeugung des Neuen Testaments, gerade nach reformatorischem Verständnis, daß der Christenstand den Menschen nicht in einen frommen Bereich, fern der Welt und ihrer Gefährdung, versetzt. Deshalb ruft der Apostel Paulus den Christen zu: „Ein jeglicher bleibe in dem Beruf, darin er berufen ist.“ Der Beruf — die Tätigkeit, der Stand — ist der Ort, an dem der Christ seine Berufung, seinen Glauben zu bewähren hat. Nachfolge heißt: nicht ausweichen vor der Welt der Lüge, des Unrechts und der Gewalt, sondern im Gehorsam hinter dem Herrn her den Weg gehen durch diese so gezeichnete dunkle Welt. Indem der Christ in dieser Welt mit den Mitteln dieser Welt seinen Gehorsam verwirklicht, legt er Zeugnis ab für die Tatsache, daß Christus der Herr dieser Welt ist. Zu allen Zeiten war man sich darüber einig, daß dies in erster Linie bedeutet, nicht für sich, sondern für andere zu leben, bereit zu sein, gerade die Dienste zu übernehmen, die anderen Menschen schwerfallen. Ein solches Einstehen für den anderen ist Zeugnis für die Liebe, mit der Gott uns liebt. Dazu gehört es, Verantwortungen in dieser Welt auf sich zu nehmen. Gerade in den letzten Jahrzehnten ist in unserer evangelischen Kirche das Wissen wiedergewonnen worden, daß hierunter auch die politische Verantwortung fällt. Es kann hier nicht die ganze Diskussion über die politische Ethik wiederholt werden. Aber darüber besteht im Grunde doch Übereinstimmung, daß der Christ die Politik nicht der Welt überlassen darf, sondern daß er auch hier zu bewähren hat, was ihm angetragen ist.

Gebrauch der Macht als Mittel zum Frieden

Genau in diese Linie hinein gehört der Beruf des Soldaten. Sein Entschluß, in diesem Beruf seinen Mitmenschen zu dienen, darf nur so verstanden werden. Er steht an einer exponierten Stelle, an der sehr deutlich sichtbar wird, wie ernst das Wort von der Verantwortung des Christen für den politischen Bereich zu nehmen ist. Wer von politischer Verantwortung des Christen spricht, muß wissen, daß das bedeutet, die Kräfte dieser Welt, nämlich Chaos, Bosheit, Schuld und Tod, einzudämmen. Er muß wissen, daß der Christ im politischen Amt gezwungen sein kann, auch von Macht und Gewalt Gebrauch zu machen, um seinem Auftrag von Gott nachzukommen: das Leben zu erhalten und den Frieden zu schaffen. Das schließt in letzter Konsequenz auch den Gebrauch der Waffe ein. Hinter dieser notvollen Aufgabe des Christen als Politiker und Soldat steht nicht Gleichgültigkeit, sondern gerade Gehorsam gegenüber dem 5. Gebot, das ihm aufträgt, das Töten zu verhindern. Freilich weiß der Christ, daß diese Form seines Glaubensgehorsams nur eine letzte, immer wieder fragwürdige und außergewöhnliche Möglichkeit ist. Aber gerade, weil der Christ dies weiß, kann er sich mit Entschlossenheit und ohne alle Illusionen auch dieser letzten Möglichkeit stellen. Er weiß, daß er seinen Beruf nur ausüben kann im Blick auf das Kreuz Jesu Christi, in dem alle Schuld und Sünde der Menschen gerichtet und uns eine Freiheit zuteil wurde, aus der wir leben und handeln können zum Nutzen und im Dienst des anderen. So wird der Soldatenberuf zu einem Mittel zum Frieden.

Den Soldaten nicht allein lassen!

Sicher gibt es viele Menschen, die das anders sehen; und vielleicht haben nicht alle Menschen in politischen Ämtern, die sich als Christen bezeichnen, es vermocht, ein solches Verständnis ihrer Aufgabe deutlich zu machen. Aber es muß einmal ausgesprochen werden, daß es immer wieder Christen gibt, die bereit sind, diese schwere Verantwortung zu übernehmen, und deren Gewissensentscheidung sie zwingt, in diesem Bereich so ihren Glauben zu

bewähren. Daß Menschen, die ihren Soldatenberuf so verstehen, selbstverständlich genau so zur Kirche gehören wie Angehörige anderer Berufe, sollte nicht in Frage gestellt werden. Auch da ist die Kirche, wo sich Christen im Gehorsam vor ihrem Herrn entschließen, diesen gefährvollen Weg zu gehen. Die gute Erkenntnis, die uns in den letzten Jahrzehnten, vor allem im Kirchenkampf, neu geschenkt worden ist, daß der Christ mit seinem Leben und seinem Gehorsam nicht allein fertig zu werden braucht, sondern daß er eingeordnet ist in den Zusammenhang der Gemeinde als des Leibes Christi, sollte hier nicht vergessen werden.

Was wir an Mißverständnissen, Auswüchsen und Fehlinterpretationen der politischen Verantwortung des Christen und daraus resultierenden Fehlentscheidungen in den vergangenen Jahrhunderten im protestantischen Raum erlebt haben, ist im wesentlichen wohl darauf zurückzuführen, daß die Bedeutung der Gemeinde, der Kirche, übersehen wurde. Wenn die Kirche diejenigen, die den schweren Weg der politischen und militärischen Verantwortung gehen, allein läßt, darf sie sich nicht wundern, wenn diese Menschen allmählich den Anschluß an das Wort verlieren, von dem aus sie ihren Auftrag ursprünglich verstanden haben. Andererseits sollten die Christen, die in diesen Aufgaben stehen, an ihrer inneren Zugehörigkeit zur Kirche unmißverständlich festhalten, auch da, wo manche Erscheinungen und manche Äußerungen es ihnen schwer machen. Die Zahl derer, die ihren Beruf verstehen als Gehorsam gegenüber dem Herrn der Kirche, ist unter den Soldaten nicht geringer als anderswo. Ja, ich wage zu behaupten, daß es heute keinen Beruf gibt, der sich sein Selbstverständnis so schwer macht wie der des Soldaten.

Dabei wird die historische Erinnerung nicht fehlen dürfen, da es im Laufe der Geschichte immer wieder Beispiele dafür gegeben hat, daß der Soldatenberuf wirklich gesehen werden darf als ein Gehorsam des Christen in dieser Welt. Im mittelalterlichen Rittertum, unter den französischen Hugenotten, beim preußischen Offizier und sicher auch anderswo gab es Ausprägungen eines Berufsverständnisses, dessen Wurzeln klar im Glaubensgehorsam lagen.

Die Versuchung des Soldatenberufes

Gewiß, es gibt auch ein Kriegerum, das seinen heidnischen Ursprung nicht verleugnen kann: Freude am Kampf und Heroismus stehen da im Vordergrund. Das schlägt dann leicht um, entweder zu rüder Soldateska, die ohne Skrupel von ihrer Gewalt Gebrauch macht, oder zu militärischem Hasardeurum, das den Krieg nur vom Gesichtspunkt des Ruhmes oder gar des Spieles aus betrachtet. Daneben gibt es ein Verständnis des Soldatenberufes, das sehr sachlich-materiell von der These ausgeht, daß das Leben nun einmal ein Kampf sei und nur die Völker überlebten, die in diesem Kampf stark genug seien, um sich ihren Lebensraum zu erkämpfen. Wir alle kennen ein solches Verständnis aus jüngster Vergangenheit. Wir wissen auch, wie in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder diese Gedankengänge zusammenflossen mit vermeintlich christlichen Überlegungen. Hier gibt es schreckliche Mißverständnisse und Versäumnisse der Christen. Dies ist die besondere Versuchung des Soldatenberufes, so wie jeder Beruf seine eigene Gefährdung hat. Gegen ein solches heidnische Verständnis des Soldatenberufes, auch wenn es sich vielleicht mit christlichen Vokabeln tarnt, hat die Kirche ihr Wächteramt wahrzunehmen. Die Soldaten sind vor die ganze Schwere ihrer Entscheidung zu stellen. Sie sind in Verantwortung zu rufen, die ihnen der Gehorsam gegenüber dem Herrn der Kirche auferlegt. Gerade wegen dieser Versuchung gehört der Soldat in die Kirche und gehört die Kirche zum Soldaten.

An dieser Stelle darf aber auch nicht verschwiegen werden, daß heute viele unserer Soldaten von dieser Ver-

suchung wissen, jene vor allem, die das Grauen des Krieges am eigenen Leibe gespürt haben und nicht mehr so unbeschwert vom Kriege zu reden vermögen, wie das früher vielleicht manchmal geschah. Sie sind ein Zeichen dafür, daß man sich hier vor billigen Kollektivurteilen hüten muß, und daß eine echte Neubesinnung Platz greift über das, was der Soldat heute ist und sein darf.

Der Krieg im Atomzeitalter

Das wird besonders deutlich an der Frage nach dem Krieg im Atomzeitalter. Wir sollten uns klar sein, daß dieses Problem keineswegs nur durch die modernen Waffen — in erster Linie die Atomwaffen — aufgekommen ist. Mehr noch ist es die Entwicklung zum „totalen Krieg“, der keinen Lebensbereich unberührt läßt, die uns hier zum Nachdenken zwingt. Durch Verrat und Lüge, psychologische Kriegsführung und Fanatisierung der Völker zieht dieser Krieg — ganz abgesehen von der Waffenwirkung — alle Menschen in unerträglicher Weise in Mitleidenschaft. Diese totalen Möglichkeiten des modernen Krieges stellen in der Tat eine ganz neue Situation dar und zwingen uns, über den Krieg sehr viel gründlicher noch als bisher nachzudenken. Noch nie war der Krieg selbst durch die vorhandenen Kriegsmittel so in Frage gestellt wie heute. Bei der Bewältigung dieser brennenden Frage sind die Christen besonders gerufen. Dies kann aber nur geschehen auf dem Hintergrund der aufgezeigten Erkenntnis von dem Auftrage Gottes zum politischen Handeln und zum Machtgebrauch um der Lebenserhaltung und Friedenssicherung willen.

„Mit der Bombe leben“

Das geht nun nicht nur den Soldaten an. Alle Berufe sind da in gleicher Weise gefragt: die Naturwissenschaftler, Techniker, Arbeiter, Ärzte ebenso wie die Politiker. Gemeinsam muß daran gearbeitet werden, den Krieg als Mittel der Auseinandersetzung zwischen den Völkern zu überwinden. Dabei sollte man sich klarmachen, daß dies eine langwierige Aufgabe, ja, eine andauernde Aufgabe ist, weil wir nun einmal „mit der Bombe leben“ müssen, seitdem Menschen sie erfunden haben und immer wieder neu erfinden können. Die Rolle des Soldaten in dieser gemeinsamen Aufgabe ist eine besonders schwere: Er ist unentbehrlich, weil er Fachmann im technischen Sinne ist, er ist unentbehrlich, weil er weiß, was Krieg heute wirklich bedeutet. Aber er ist auch deshalb unentbehrlich, weil der Weg zur Überwindung des Krieges eben so lang und dornenvoll ist. Der Christ, der die Welt in ihrer Sünde kennt, sollte wissen, daß durch einfache Appelle an Vernunft und guten Willen nichts geschafft ist.

Die paradoxe Situation des Soldaten

In der Phase, in der wir uns zur Zeit befinden, steht der Soldat in der seltsamen, paradoxen Situation, sich auf etwas vorbereiten zu müssen, von dem er zugleich weiß, daß es nicht geschehen darf. Es gehört zur Würde und zur Last des Soldaten heute, dieser Spannung standzuhalten. Er befindet sich also auch hier in einer exponierten Stellung, in der eine allgemein vorhandene Situation besonders deutlich wird. Im Grunde stehen wir alle in der gleichen Spannung.

Die Aufgabe der Kirche

Gerade die Christen unter den Soldaten sehen dies sehr genau. Sie sind bereit, ihren Christenstand darin zu bewähren. Um des Friedens willen nehmen sie dies auf sich. Ja, sie nehmen sogar in Kauf, als Kriegsförderer zu gelten oder gar als Verbrecher beschimpft zu werden. Sie wissen, daß sie in ihrem Beruf schweren Gefahren aus-

gesetzt sind, nicht nur der Gefahr, selbst dabei umzukommen. Sie sehen ihre Aufgabe darin, einem falschen Verständnis dieses ihres Berufes entgegenzuwirken. Es ist die Aufgabe der Kirche Jesu Christi, sich vor diese Menschen zu stellen, die bereit sind, für andere geradezustehen. Es ist die Aufgabe der Kirche, sie teilhaben zu

lassen an der Gemeinschaft des Glaubens und ihnen dadurch zu helfen, die Spannung auszuhalten, die ihnen auferlegt ist. Es ist die Aufgabe der Kirche, ihnen beizustehen mit den Gnadengaben unseres Gottes. Ich kenne keinen Beruf, der heute so wie der Soldat den Zuspruch und Anspruch des Wortes Gottes braucht und auf ihn wartet.

DEMENTI UND GLAUBENSZEUGNIS

von Oberkirchenrat Erwin Wilkens, Hannover

Unter den sieben Mahnkerzen, die zu Beginn der „Mahnstunde“ der Vereinigung „Christen gegen Atomgefahr“ am 25. Januar 1959 in Kassel angezündet wurden, befand sich auch eine für die Presse zwecks Nachhilfe zur wahrheitsgemäßen Berichterstattung. Es ist, als hätten die Veranstalter den üblichen Zusammenstoß von Kirchenpräsident Niemöller, einem der beiden Hauptredner des Abends, mit der Presse auch dieses Mal erwartet und die Schuldfrage, wie gehabt, vorweg klären wollen.

Kirchenaustritte in der Bundeswehr

Sie wurden nicht enttäuscht. Die Presse berichtete die von Niemöller in dieser Kasseler Rede vorgenommene Gleichsetzung von Soldatenstand und Berufsverbrechern. Das weitere ist bekannt: Dementis mit heftigen Ausfällen; Entrüstungssturm in weiten Teilen der Öffentlichkeit; Anzeige wegen verfassungsverräterischer Zersetzung und Verleumdung sowie Strafantrag wegen Beleidigung der Bundeswehr; Erklärungen u. a. von Bischof Dibelius und Landesbischof Lilje mit vorsichtiger Kritik und Distanzierung; Hunderte von Kirchenaustritten in der Bundeswehr sicherlich aufgrund falscher Einschätzung der kirchlichen Autorisierung des Kasseler Redners.

Blinde Anhängerschaft

Wer die Gegenerklärungen D. Niemöllers genau befragte, worin denn die angeblich falsche Berichterstattung der Presse liege und was denn der Redner präzise gesagt haben wolle, kam zu keinem Ergebnis. Das hinderte aber die Anhänger Niemöllers keineswegs daran, ihm wie immer kritiklos zu folgen und ihrerseits Erklärungen wie die von Bischof Dibelius auf das heftigste zurückzuweisen diesen zu beschuldigen, er habe auf Verdacht hin aufgrund einer falschen Berichterstattung die Gemeinsamkeit mit Niemöller aufgegeben, ja, den Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland öffentlich zu fragen, ob er sich hier einem Ansinnen des Bundesverteidigungsministers gebeugt habe. Welcher Stil kirchlicher Auseinandersetzungen!

Triumphierende Ostpresse

Zugleich sprach man aus: das Ganze sei nur ein Teil einer hemmungslosen und durch das Verbreiten von Unwahrheiten genährten Hetze, die seit Jahren gegen Niemöller betrieben werde und jede Achtung vor dem Amt des evangelischen Kirchenpräsidenten vermissen lasse. Man ließ es sich auch nicht entgehen, strafrechtliche Bedrohung der Verkündigungsfreiheit und Parallelen zum Niemöller-Prozeß von 1938 festzustellen. Überflüssig zu sagen, welche Rolle das alles in der Ostpresse spielte.

Flucht nach vorn

Es steht fest, daß alle Dementis in sich zusammengefallen sind. Nach der völlig unpazifistischen Weisheit, daß der Angriff die beste Verteidigung ist, hat D. Niemöller schon vor Wochen durch Veröffentlichung der schließlich

ans Licht gebrachten DEFA-Tonbandaufnahme die Flucht nach vorn angetreten und völlig ungeniert zugegeben, was er bis dahin mit heftigen Ausfällen dementiert hatte: die Bezeichnung der Soldaten als Berufsverbrecher sei Inhalt christlicher Verkündigung. Die Taktik schwenkte also um vom Dementi zum Glaubenszeugnis.

Verfahren eingestellt

Die vom Bundesverteidigungsminister angerufene Staatsanwaltschaft brauchte auf die Feststellung des eigentlichen Tatbestandes auch keine große Mühe mehr zu verwenden, da dieser inzwischen von allen Beteiligten anerkannt wurde. Die Einstellungsverfügung des Oberstaatsanwaltes beim Landgericht Frankfurt/Main zum Ermittlungsverfahren gegen Kirchenpräsident Niemöller vom 20. Mai 1959 konnte sich daher im wesentlichen auf eine juristische, um nicht zu sagen: formaljuristische Bewertung der Kasseler Äußerungen beschränken. Die äußersten Möglichkeiten einer Interpretation ad bonam partem werden ausgeschöpft: Tatverdacht des Vergehens der verfassungsverräterischen Zersetzung der Bundeswehr liege nicht vor, weil die erforderliche Absicht nicht nachzuweisen sei; Verleumdung scheide aus, weil keine fälschlichen Tatsachenbehauptungen im eigentlichen Sinne, sondern Werturteile vorlägen; hinsichtlich des Beleidigungskomplexes wird dem Beschuldigten als Seelsorger und Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft Wahrung berechtigter Interessen zugebilligt.

Dementis unwahrhaftig

Man muß beachten, daß der staatsanwaltschaftliche Einstellungsbeschluß unmißverständlich sagt: „die Äußerung des Beschuldigten“ stelle „eine Verunglimpfung der Bundeswehr und ihrer Soldaten dar“. Auch wer für Gewaltlosigkeit eintrete und selbst einen Verteidigungskrieg für verwerflich halte, müsse den Achtungsanspruch jedes einzelnen und einer Kollektivpersönlichkeit respektieren. In diesem Sinne stellen die Äußerungen Niemöllers auch nach Meinung der Staatsanwaltschaft „eine ehrenrührige Herabsetzung“ dar. Auch in einem solchen Falle, in dem zwar beleidigende Ausdrücke gefallen seien, liege aber strafbare Beleidigung nur vor, wenn sich die Absicht dazu nachweisen lasse. — Das alles ist nicht gerade garnichts. Weit davon entfernt, hier Verkündigung zu entdecken, hat die eigene Landessynode des Kirchenpräsidenten von „herabsetzenden und mißverständlichen Äußerungen“ gesprochen. Hinzu kommt noch, daß die staatsanwaltschaftliche Verfügung conclusenter die objektive Unwahrhaftigkeit aller vorangegangenen Dementis feststellt.

Verwilderung der Sitten?

Wir fragen: Wer dementiert nun eigentlich die Dementis? Müssen wir es als unabänderliche Verwilderung der Sitten hinnehmen, daß ein Kirchenpräsident und seine Anhänger zuerst selbst verunglimpfen, dann Journalisten und Bischöfe, Minister und andere der falschen Berichterstattung, hemmungslosen Hetze und Unwahrheit, der

mangelhaften Sorgfalt in der Verwendung von angeblich unzureichenden Pressemeldungen bezichtigen und nach Erweis des Gegenteils den Ton moralischer Entrüstung über die Bosheit der anderen einfach fortsetzen?

Unmißverständliches Ziel

Man möchte den Veranstalter von politischen Kundgebungen mit Martin Niemöller empfehlen, in Zukunft noch eine weitere Mahnkerze anzuzünden. Nach Bestimmungszwecken braucht man nicht lange zu suchen. Die Deutsche

Friedensgesellschaft hat kürzlich vier hehre Ziele veröffentlicht, die ihre Mitglieder auf ihr öffentliches Bekenntnis nehmen. Das vierte dieser Ziele verpflichtet sie: „alle Unbelehrbaren, besonders aber die Befürworter atomarer Waffentechnik persönlich zu ächten“. „Wir werden“, so heißt es weiter, „jede Gelegenheit benutzen, in der Öffentlichkeit wie im Privatleben, demonstrativ von ihnen abzurücken.“ Man wird dem Präsidenten der Deutschen Friedensgesellschaft zubilligen müssen, daß er dieses Ziel seiner Vereinigung besonders gewissenhaft und vorbildlich für seine Mitglieder verwirklicht.

BUCHER, DIE WIR EMPFEHLEN

„Das Geheimnis des Pazifismus“

Theologie und Politik der „Kirchlichen Bruderschaften“ von Pastor Erwin Gross, Hamburg-Lokstedt (Friedrich-Vorwerk-Verlag, Stuttgart, 1959, 144 Seiten, broschiert DM 8.50)

Seit der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik macht sich in steigendem Maße eine pazifistische Bewegung in der Öffentlichkeit bemerkbar, die nicht nur den Krieg mit Atomwaffen, sondern den Krieg überhaupt verwirft. Ihr Wortführer ist Martin Niemöller, dem kämpferisch die „Kirchlichen Bruderschaften“ zur Seite stehen. Sie erklären kategorisch, daß heute kein Christ mehr Soldat sein könne. Die Beteiligung an der Bereitstellung und Anwendung moderner Massenvernichtungsmittel sei mit dem christlichen Glauben unvereinbar und ein Kennzeichen des praktischen Atheismus.

Setzte sich diese Lehre durch, so ergäben sich schwerwiegende Folgen für die evangelische Kirche und für den Staat: für die Kirche, daß jedes anderslautende Urteil in dieser Frage eine Verleugnung des Glaubens wäre und damit in der Kirche nicht geduldet werden könnte; für den Staat, daß er auf jede militärische Macht zum Schutze von Leben und Freiheit seiner Bürger verzichten müßte.

Das vorliegende Buch hat sich zur Aufgabe gemacht, die Lehre der Bruderschaften in grundsätzlicher Weise zu analysieren: theologisch nach ihrem Verständnis des Evangeliums, politisch nach ihrer Brauchbarkeit. Diese Prüfung ist unaufschiebbar, da die Bruderschaften heute schon für ihre Lehre die ausschließliche Geltung in der Kirche beanspruchen und dem Staat das Recht auf militärische Macht absprechen. In einer Zusammenschau der letzten Voraussetzungen und Konsequenzen ihrer Lehre soll ihr wahres Wesen, unverhüllt durch theologische und politische Ansprüche, zum Vorschein kommen.

Dabei stellt sich nun heraus, daß nicht das reformatorische Verständnis, sondern das gesetzliche und schwärmerische Mißverständnis des Evangeliums die Äußerungen und Unternehmungen der Bruderschaften beseelt. Trifft dieses Urteil zu, so haben die Bruderschaften in den Kirchen das Daseinsrecht verloren, in denen der reformatorische Glauben noch lebendig ist. Dann bedeutet ihr Anspruch nicht eine Erneuerung, sondern eine Zerstörung der Kirche. Dann ist ihr Ruf nicht die Stimme der evangelischen Gemeinde, sondern die Stimme einer schwärmerischen Bewegung. Dann können die Bruderschaften keinen evangelischen Christen hindern, dem Staat zu geben, was des Staates ist: eine reale Politik, die sich nach bestem Wissen und Gewissen für die Freiheit und das Leben des Volkes verantwortlich weiß; eine Politik, die alle Folgen der Entscheidung mitbedenkt, statt sie in blindem Gehorsam und blinder Angst zu ignorieren; eine Politik, die weder Gott für die Folgen der eigenen Blindheit und Angst aufkommen läßt, noch Gott versuchend ein Wunder herausfordert. Die Vermischung von Glauben und Politik, die das Wissen aus der

Politik und das Gewissen aus dem Glauben verbannt, beschwört eine Gefahr für die Kirche und den Staat herauf, die keinen Verantwortlichen gleichgültig lassen kann.

Um das Geheimnis des Pazifismus zu enthüllen und der ebenso anspruchsvollen wie verhängnisvollen Bewegung der „Kirchlichen Bruderschaften“ den falschen Schein einer beispiellosen Christlichkeit und politischen Brauchbarkeit zu nehmen, ist dieses Buch geschrieben worden.

„Der Christ im Atomzeitalter“

Vorträge auf der Theologischen Tagung des Rheinischen Konvents im Januar 1959 von Professor Dr. Dr. Walter Künneth, Erlangen: „Glaubensentscheidung und Ermessensfragen?“, Oberkirchenrat Erwin Wilkens, Hannover: „Was heißt 'Politischer Gottesdienst'?“, Professor Dr. Paul Jacobs, Münster: „Die politische Predigt in der evangelischen Kirche“ und Superintendent Heinrich Höhler, Wuppertal: „Der Auftrag der Kirche im Atomzeitalter“ (Evangelisches Verlagswerk, Stuttgart, 1959, 88 Seiten, broschiert DM 5.20)

Die evangelische Kirche wird erschüttert von Auseinandersetzungen um die Frage, wie das Leben und ein Dasein in Recht und Freiheit im Atomzeitalter gesichert werden können. Die Entscheidungen der Politik sind auch abhängig davon, wie sich die Kirche verhält und ob es den radikalen Wortführern in der evangelischen Kirche gelingt, mit ihren Parolen durchzudringen.

Natürlich muß besonders der Christ die Verantwortung für die Erhaltung der Schöpfung wahrnehmen und das Hereinbrechen des Chaos zu verhindern suchen. Die Erörterung darüber, welche Wege dazu eingeschlagen werden müssen, hat zu einer ersten Gefährdung des Zusammenhalts der evangelischen Kirche geführt. Die Synode der EKD wird im Jahre 1960 erneut über die aufgebrochenen Fragen verhandeln.

Es ist also notwendig, das Gespräch über die für die Politik und für die Kirche bedeutungsvollen Fragen um die Stellung des Christen im Atomzeitalter weiterzuführen. Nachdem die „Kirchlichen Bruderschaften“ im Gefolge von Karl Barth, Martin Niemöller und Helmut Gollwitzer in radikaler Themenstellung ihre Meinung vorgelegt hatten, bildeten sich zuerst in der rheinischen Kirche und dann auch in anderen westdeutschen Landeskirchen Konvente, die dieser Form der Vermischung von Politik und Theologie entgegentreten.

Der „Rheinische Konvent“, ein Zusammenschluß von verantwortlichen Gliedern der rheinischen Kirche, hat im Januar 1959 in Düsseldorf eine Theologische Tagung gehalten, auf der in vier Vorträgen Stellung genommen wurde zu den schwebenden Fragen. Die Haltung, die in diesen Vorträgen zum Ausdruck kommt, wendet sich gegen das aktive Eingreifen kirchlicher Amtsträger in die Politik. Die Kirche wird aufgerufen, ihre Verantwortung für Recht und Frieden so wahrzunehmen, wie es Gottes Wort fordert.

„Die neue Gesellschaft“

Bemerkungen zum Zeitbewußtsein von Dr. Rüdiger Altmann und Johannes Gross, Bonn (Friedrich-Vorwerk-Verlag, Stuttgart, 1958, 176 Seiten, Ganzleinen DM 12.80)

Die Autoren, Rüdiger Altmann und Johannes Gross, der eine bis zu Beginn dieses Jahres Leiter der Politischen Akademie Eichholz, der andere Bonner Korrespondent der „Deutschen Zeitung“, beide viele Jahre als Publizisten tätig, legen hier einen Band gesammelter Aufsätze vor, die zum größeren Teil für die der CDU/CSU nahestehende akademische Zeitschrift „Civis“ geschrieben wurden und nun der Vergessenheit entzogen sind, in die in Zeitungen und Zeitschriften Veröffentlichtes im allgemeinen trotz aller Archive gerät.

Der Vergessenheit entzogen wird diese Zeitkritik in Aufsatzform mit Recht, denn allein was an geschliffenen Formulierungen in diesem Buch versammelt ist, gewährleistet ein hohes literarisches Vergnügen. Schlägt man das Buch auf, findet man gleich auf den ersten Seiten eine bemerkenswerte Kritik der heute so vielfältigen Elitetheorien, denen die Autoren vorhalten, daß keine von ihnen sich auf eine gegenwärtig existierende Elite stützen könne: die angeblichen Eliten repräsentierten in Wirklichkeit eine oft gefährliche Interessenanarchie, ohne sich durch ihre politisch-soziale Haltung oder die persönliche Qualität ihrer Mitglieder vor der „Masse“ auszuzeichnen. Die Autoren meinen, wir hätten vielleicht „weniger Eliten als irgendwann neue Werte nötig, um die Eliten brauchte uns dann nicht bange zu sein“.

Über eine im wahren Sinne geistreiche soziologische Interpretation von Thomas Manns „Felix Krull“, die auch in der sprachlichen Brillanz ihrem Gegenstand voll gerecht wird, über Betrachtungen zu Neuerscheinungen von Ernst Jünger, Carl Schmitt u. a., über Glossen zur Lage der Soziologie, über Untersuchungen der gesellschaftlichen Bedeutung von Sport und Rundfunk führt uns das Buch in die Fülle der zeitgenössischen Probleme, dabei immer scharf, witzig, engagiert, und aus dem scheinbar unsystematisch, wie zufällig Zusammengestellten entwickelt sich das Bild einer umfassenden Kritik der politischen und kulturellen Gegenwart. Weniges, was u. E. nicht in den Rahmen des Buches paßt, wie der Plagiatsvorwurf (und -nachweis) gegenüber Walter Thiemer, kann den Gesamteindruck der Sammlung nicht stören.

Eine Auseinandersetzung mit den einzelnen Stücken dieser Sammlung ist im Rahmen einer kurzen Besprechung nicht möglich. Herausgehoben werden muß aber — auch wenn es schwerfällt, angesichts dieses unablässig sprühenden Feuerwerks der Gedanken und Assoziationen noch einen besonderen Höhepunkt zu nennen — die psychologische Analyse der zwischen der Faszination durch die eigene Doktrin und der enttäuschenden Wirklichkeit hin- und hergerissenen westlichen Marxisten von Wehner bis Abendroth, die hier als die „Entfremdeten“ charakterisiert werden.

Nicht gelungen ist es allerdings den Autoren (die übrigens verschiedener Konfession sind), den Begriff „Christliche Demokratie“, der von ihnen gebraucht wird, dem Verständnis näherzubringen. Denn soll er sinnvoll sein, muß er etwas anderes meinen als die sozial-liberale Demokratie, die das Grundgesetz konzipiert. Die Betonung der „konstitutionellen“ Verfassungselemente, von der aus Altmann und Gross zu der Gleichung kommen: Christliche Demokratie heißt konstitutionelle Demokratie, kann das von anderen Auffassungen Unterschiedliche einer christlich geprägten Demokratie nicht begründen. Vielleicht ist es überhaupt ein fruchtloses Bemühen, will man „christliche Politik“ materiell oder gar institutionell über auch dem Humanisten Verbindliches hinaus bestimmen — das mag allenfalls für katholische Politik vom Boden der katholischen Soziallehre aus möglich sein. Für den evangelischen Christen gibt es in diesem materiellen Sinne keine „christliche Politik“, sondern nur „christliche Politiker“, und man spricht daher hier auch lieber von „Politik aus christlicher Verantwortung“. Es würde indes den Rahmen einer Besprechung sprengen, tiefer in diese Problematik der Begriffe und Begriffsbestimmungen einzudringen.

Findet man in den von Altmann beigegebenen Aufsätzen auch bisweilen eine starke Anlehnung an die landläufige katholische Soziallehre, so zeichnet das Buch insgesamt doch eine erfrischende Unbefangenheit aus, die es von wohlfeilen und allzu abgerundeten Thesen freihält. Altmann und Gross sind vom Konformismus ebensoweit entfernt wie vom üblichen „Nonkonformismus“, gegen den sie scharf Stellung beziehen. Wenn ihre Stärke mehr in der Analyse als im Konstruieren einer eigenen Ideologie liegt, so ist das in einer Zeit, die von schiefen und überzähligen Ideologien voll ist, eher ein Gewinn denn ein Schade. Wer sich kritisch mit der politischen Gegenwart und vor allem auch der Situation der CDU/CSU in dieser Zeit auseinandersetzen will, sollte dieses Buch lesen.

AUS DEN ARBEITSKREISEN

Die Bedeutung des christlichen Glaubens für das politische Leben

Auf einer Tagung des Evangelischen Landesarbeitskreises der schleswig-holsteinischen CDU in Kiel, unter dem Vorsitz von Kultusminister Edo Osterloh hielt der Kieler Theologieprofessor Dr. Dr. Martin Redeker, MdL, Mitglied des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, ein groß angelegtes und in Schleswig-Holstein viel beachtetes Grundsatzreferat über die Bedeutung des christlichen Glaubens für das politische Leben.

Professor Redeker begann seine Ausführungen mit einer Darstellung dreier Phasen, die das Verständnis der Bedeutung des christlichen Glaubens für das politische Leben seit 1945 durchlaufen habe. Sei man 1945 in weiten Kreisen davon überzeugt gewesen, daß eine sich bewährende Absage an die widerchristliche Politik des Nationalsozialismus und des Bolschewismus nur unter Rückbeziehung auf den christlichen Glauben und im Willen zu überkonfessioneller praktisch-politischer Zusammenarbeit der Christen

möglich sei, so hätten sich in den folgenden Jahren vor allem im Bereich der evangelischen Theologie die Stimmen gemehrt, die erklärten, daß es christliche Politik nicht gäbe, weil es weder einen christlichen Staat noch eine christliche Kultur geben könne. Neuerdings sei diese Kritik schwächer geworden, da an ihre Stelle, zum großen Teil von den gleichen Theologen vorgetragen, ein Verständnis des Christentums getreten sei, das Anschluß bei der SPD und beim prinzipiellen Pazifismus suche.

In seiner Auseinandersetzungen mit diesen drei Auffassungen betonte Redeker, daß die Auffassung von 1945 darin recht behalten müsse, daß der christliche Glaube nicht Privatsache sei, sondern Folgen für das öffentliche Leben habe. Schwieriger sei es allerdings darzulegen, worin diese Folgen beständen, und zu begründen, inwiefern sie als legitim christliche verstanden werden könnten. Insbesondere in der katholischen Theologie seien diese Fragen in den letzten Jahren gründlich diskutiert und neu beantwortet worden. Dabei lege die katholische Sozialethik Wert auf die Feststellung, daß es bei der Frage nach der christlichen Politik oder dem christlichen

Staat nicht um das Problem der Gesinnung des Einzelnen gehe, sondern um die Frage der Festsetzung objektiver Normen des politischen Ethos aus dem christlichen Glauben. Natürlich bleibe das subjektive Verhalten des einzelnen Politikers immer von Bedeutung, aber bei einem solchen objektiven Verständnis christlicher Politik könnten subjektive Fehlleistungen des einzelnen Politikers kein Einwand gegen die Geltung der Normen sein.

Die katholische Theologie gewinne, so führte Redeker weiter aus, diese objektiven Normen aus dem Naturrecht. Nun sei allerdings die Frage, inwiefern die naturrechtliche Ordnung, die nach katholischer Lehre auch für die Nichtchristen die Kraft der Evidenz besitze und daher auch von ihnen gefordert werden könne, eine christliche Naturrechtsordnung sei. Die katholische Theologie antworte hierauf, daß sie christliche Naturrechtsordnung sei, weil einerseits die Heilsordnung die Naturrechtsordnung voraussetze und andererseits das eigentliche Ziel der Naturrechtsordnung erst vom christlichen Glauben aus erkannt werden könne.

Gemessen an dieser verhältnismäßig einfachen Naturrechtslehre der Katholiken habe es die evangelische Theologie sehr viel schwerer. Von ihrer anderen Sündenlehre und Anthropologie her, die auch für das Verständnis des Gemeinschaftsgedankens folgenreich sei, könne sie den deskriptiv-soziologischen Charakter dieser katholischen Lehre nicht bejahen. Außerdem müsse sie angesichts der Tatsache, daß Gottes Wille ein lebendiger Wille sei, an der Statik dieser Lehre Anstoß nehmen. Andererseits müsse aber auch die evangelische Theologie erkennen, daß sie auf objektive Normen für das politische und staatliche Leben nicht verzichten könne. Auch nach evangelischem Verständnis sei die Frömmigkeit des einzelnen Politikers kein ausreichender Maßstab für die Gestaltung des politischen Raumes in christlichem Sinne. Auf der Suche nach solchen Normen seien wir als evangelische Christen auf Gottes in der Bibel bezeugten und in unserem Leben erfahrenen Schöpferwillen hingewiesen. Dabei müsse uns Ausgangspunkt die lutherische Lehre von den beiden Reichen sein. Nach dieser Lehre hingen Staat und Kirche nicht zusammen. Sie seien aber auch nicht einfach getrennt. Sondern der Staat als Instrument der Herrschaft Gottes bedürfe für sein Selbstverständnis der Botschaft der Kirche. Denn aus sich selbst wisse er nicht um seine Grenzen.

Von der so gewonnenen Grundlage aus befaßte sich Redeker im letzten Teil seiner Ausführungen mit jener relativ kleinen, aber um so lautstärkeren Gruppe in der evangelischen Kirche, die heute unter christlicher Politik einen konsequenten Pazifismus versteht. Unter Verleugnung ihres Ordinationsgelübdes, das sie auf Schrift und Bekenntnis abgelegt hätten, forderten diese Theologen, den Christen, der Soldat würde, aus der Kirche auszuscheiden. Unter Bezugnahme auf Matthäus 5, 19 und Philipper 2, 5 forderten sie auch im Bereich der Politik die konsequente Befolgung des Gebotes der Nächstenliebe, der Pflicht zur Vergebung und zur Gewaltlosigkeit. Allein, diese Gruppe, die Römer 13 und Luthers Lehre von den beiden Reichen als widerchristlich betrachtete, übersähe dabei geflissentlich, daß man die Forderungen an die christliche Intimsphäre, wie Vorleistung des Vertrauens, Bereitschaft zu Vergeben und Leiden, gerade um der Nächstenliebe willen nicht ohne weiteres in den politischen Bereich übertragen könne. Das Wagnis des Vertrauens sei in der Politik nun einmal keine Privatangelegenheit, sondern betreffe in seinen Folgen das ganze Volk. Außerdem könnten Völker und Staaten keine Gesinnung haben. Und schließlich bestände in unserer heutigen politischen Situation keine gemeinsame ethische Basis zwischen dem freiheitlichen Rechtsstaat und dem totalitären Staat. Natürlich wüßten diese Pazifisten das

alles auch. Wenn sie dennoch den Pazifismus forderten, so sei der Grund dafür, daß sie die Gesetze des Reiches Gottes zu Prinzipien der politischen Welt machten. Da aber nach biblischer Lehre das Reich Gottes keine vorfindliche Größe dieser Welt sei, da Gott und nicht Menschenwerk es herbeiführe, seien sie Anhänger einer falschen Eschatologie. Somit sei der christliche Pazifismus dieser Gruppe eine sektiererische Irrlehre. Das gelte auch angesichts der atomaren Bedrohung. Denn es gehe für den Christen ja nicht darum, zwischen Kommunismus und Untergang zu wählen, sondern die rechtlose Gewalt zu bekämpfen und so der Weltordnung Gottes gemäß zu handeln.

Der Vortrag Professor Redekers hatte eine lebhafteste Aussprache zur Folge. Kultusminister Osterloh unterstrich, daß der Arbeitskreis mit solchen Referaten, die die Grundlagen unseres Handelns in der Politik klärten, gerade in einem evangelischen Lande eine besondere Bedeutung gewinne. An der Tagung nahm auch der Geschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Hans Strümpfel, Bonn, teil, der im Anschluß an den Vortrag von Professor Redeker einen interessanten Erfahrungsbericht über die Arbeit der rund 250 einzelnen Arbeitskreise in den Ländern, Kreisen und Gemeinden des Bundesgebietes gab.

Paul Bausch neuer Vorsitzender des Landesarbeitskreises Württemberg

Der Evangelische Landesarbeitskreis der CDU in Württemberg wählte auf seiner letzten Tagung in Stuttgart, die mit einer Arbeitssitzung der Mitarbeiter begann und, nach einer Pressekonferenz, mit einer öffentlichen Kundgebung endete, als Nachfolger des krankheitshalber zurückgetretenen Kultusministers a. D. Wilhelm Simpfendörfer den Bundestagsabgeordneten Paul Bausch, Korntal bei Stuttgart, zu seinem neuen Vorsitzenden. Außerdem gehören dem neuen Vorstand u. a. Staatssekretär a. D. Dr. Paul Binder, MdL, Stuttgart, Regierungsdirektor Dr. Eberhard Bopp, Stuttgart, Rechtsanwalt Arved Deringer, MdB, Stuttgart, Direktor Dr. Georg Haug, Freudenstadt, Oberstudienleiter Dr. Ludwig Heieck, MdL, Altensteig, Stadtrat Dr. Hermann Maurer, Stuttgart, Regierungsrat Dr. Rolf Nebinger, MdL, Stuttgart, Frau Maria Raiser, Stuttgart, Frau Julie Rösch, MdB, Tübingen, und Pfarrer Werner Simpfendörfer, Bad Boll, an.

Paul Bausch, der wegen einer Operation der Tagung fernbleiben mußte, hatte in einem längeren Grußwort folgende Aufgaben des Arbeitskreises herausgestellt:

„Klärung und Bereinigung der Vergangenheit; Arbeit für die freie demokratische Rechtsordnung; Arbeit für die CDU als Partei; Arbeit zur Verwirklichung der Politik der CDU; Gespräch mit Männern der Kirche; Mitarbeit an der Meinungsbildung innerhalb der CDU.“

Rechtsanwalt Deringer, der Geschäftsführende Vorsitzende des Landesarbeitskreises, ging in seinem Tätigkeitsbericht besonders auf die Auseinandersetzung mit den „Kirchlichen Bruderschaften“ ein und verwahrte sich energisch gegen deren „theologischen“ Absolutheitsanspruch in der Beurteilung politischer Fragen. In der Aussprache wurden u. a. ein Ausbau des Material- und Informationsdienstes für die Mitarbeiter des Arbeitskreises und eine intensivere Beschäftigung mit den geistigen Problemen der politischen Arbeit gefordert. Der Geschäftsführer des Bundesarbeitskreises, Hans Strümpfel, Bonn, vermittelte eine Übersicht über Entwicklung und Tätigkeit der Arbeitskreise im gesamten Bundesgebiet. Auf der Kundgebung am Abend sprach Staatsminister a. D. Dr. Otto Schmidt, MdB, Wuppertal, über das Thema: „Der evangelische Christ im politischen Leben heute“.